

Helmut Bock

Das Menetekel: Kronstadt 1921

Wetterleuchten des "kommunistischen" Ein-Partei-Systems

"Schluss mit dem Krieg!" war der Massenschrei der Februarrevolution von 1917 gewesen. Jedoch als vier Jahre später die Gefechte des Bürgerkrieges und der Verteidigung gegen die Interventionstruppen geschlagen waren, prägte nicht "Frieden" das Mutterland der sozialen Umwälzung. Der Geist und die Institutionen des Krieges überdauerten die Revolution – pressten den Wundkörper der sogenannten Sowjetgesellschaft in den eisernen Harnisch der "Militarisierung der Arbeit".

Es war Leo Trotzki, nimmermüder Lenker der Streitkräfte und in gewagten Abstraktionen denkender Politintellektueller, der diesen Vorgang mit Billigung Lenins zu verwirklichen suchte. Man hatte die Armee, die im Ural über die Truppen des Konterrevolutionärs Kolttschak siegte, nicht demobilisiert, weil eine Ansammlung von Zehntausenden arbeitsloser Soldaten in hungernen Städten und Dörfern leicht zu Chaos und Unruhen führte. So wurden die Überreste der Kampfeinheiten in eine "Arbeitsarmee" verwandelt, die für Lebensmittelbeschaffung, Waldrodung, Bergbau, Reparatur der Bahnlinien eingesetzt wurde. Der Erfolg dieser Maßnahme bestärkte in Trotzki die strategische Idee: Wie ein Generalstab seine Armee, so könnte auch der von den Bolschewiki errichtete Staat das arbeitende Volk in quasi-militärischen Organisationsformen zur Erfüllung der Planwirtschaft kommandieren.

"Befehle" und "Kampagnen" an der "Wirtschaftsfront" schienen dem Kommandoregime und den Feldzügen des Bürgerkrieges vergleichbar – sollten also mit militärischer Disziplin und Präzision erfüllt werden. Von Partei und Staat berufene Direktoren der Produktionsstätten konnten gemäß dem Prinzip verantwortlicher "Ein-Mann-Leitung" als Kommandeure von "Arbeitsbrigaden" wirken. Militärbehörden konnten die Erfassung und den Einsatz von Arbeitskräften organisieren. Tüchtige Arbeiter konnten – wie nach erfolgreichen Gefechten – mit Prämien und Orden ausgezeichnet werden. Dagegen drohte "Arbeitsdeserteuren" eine Disziplinierung in Strafbataillonen und Konzentrationslagern. Während ein Arbeitszwang im reifen Sozialismus und im noch weiter fortgeschrittenen Kommunismus nicht nötig sei, sollte er für die Dauer des gesellschaftlichen Überganges zum Sozialismus den

"höchsten Grad der Intensität" erreichen.¹ Die "Militarisierung der Arbeit" war die harsche Frucht eines Denkstrategen, der persönlich niemals in Fabrikhallen, Bergwerksstollen, Urwäldern oder wo sonst noch schwerste Maloche erfahren hatte, aber dank seines Organisationstalentes und diktatorischer Zwangsmittel die ökonomische Krise bewältigen wollte, die Staat und Gesellschaft heimsuchte.

Machtkrise der Bolschewiki

Doch es regte sich Widerstand. Altbolschewiken und zumal Funktionäre der Gewerkschaften wiesen das Konstrukt Trotzki und Lenins zurück. Die Arbeiterklasse im Arbeiterstaat mit Gewalt an die Arbeit zu treiben – sei unrecht und konterkariere jede Propaganda für die Werte des Sozialismus. Indes agitierte Trotzki mit wachsender Verbissenheit: Die verfassungsmäßige Pflicht zur Arbeit bedinge, dass der Arbeiterstaat das Recht besitze, einen jeden Staatsbürger zu jeder Arbeitsleistung an jedem beliebigen Ort zu nötigen. "Wir steuern jetzt auf den Typus der Arbeit zu, der auf der Grundlage eines für das ganze Land und jeden Arbeiter obligatorischen Wirtschaftsplanes gesellschaftlich reguliert wird. Das ist die Grundlage des Sozialismus [...]. Die Militarisierung der Arbeit [...] ist die unerlässliche Grundmethode für die Organisation unserer Arbeitskräfte."² Gegen das Argument, dass Arbeitszwang "unproduktiv" sei, verstieg sich Trotzki zu der Widerrede: "Das ist das armseligste und elendeste liberale Vorurteil: auch die Sklavenwirtschaft war produktiv." Selbst die erzwungene Arbeit der Leibeigenen im Feudalismus sei ein "fortschrittliches Phänomen" gewesen. In der Hitze polemischer Debatten ließ sich der Protagonist des "frei" und "gleich" machenden Sozialismus für die Zwecke seiner Übergangsstrategie hinreißen, die historischen Systeme der Ausbeutung und der Zwangsarbeit schönzureden. Er verlangte die Unterordnung der Gewerkschaften unter die bolschewistische Partei und den Staat: im "Arbeiterstaat" würden die Arbeiter überhaupt keine eigenen und souveränen Organisationen benötigen.

Die "Militarisierung der Arbeit" begann 1920, indem das Eisenbahnwesen und die Betriebe der Schwerindustrie dem Kriegsrecht unterstellt wurden. Sie verpflichtete ebenfalls die Bauern zu Wald- und Feldarbeiten, Straßenbau, Bahnbau und Gütertransporten. Sobald die Streitkräfte im Kaukasus und in der Ukraine siegten, wurden auch sie zu "Arbeitsarmeen" reorganisiert. Es schien die Ratio der sozialen Revolution zu sein: Soldaten sollten Arbeiter – Arbeiter und Bauern sollten Soldaten werden. Die "Militarisierung", die alle

¹ Zit. n. I. Deutscher: Trotzki, Bd. 1: Der bewaffnete Prophet 1879–1921, (2. Aufl.) Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972, S. 468.

² Ebenda, S. 469 f.

und alles der zentralen Kommandogewalt der bolschewistischen Führungselite und Staatsbürokratie unterwarf, ermöglichte eine Militärreform, die das stehende Heer der Wehrpflichtigen und die vielen Millionen männlicher Arbeitskräfte in ein total umfassendes, also militärisch organisiertes Produktionssystem überführte. Es sollte sowohl im Frieden als auch im Krieg an inneren und äußeren "Kampffronten" schlagkräftig sein. Selbst die politische Sprache des Alltags wurde dauerhaft militarisiert. In der unablässigen Folge von "Kampagnen" der Produktion und des Klassenkampfes wimmelte es von militanter Rhetorik, wodurch "Kämpfe" und "Kämpfer" des sozialistischen Fortschritts ihren kriegerisch-sprachlichen Ausdruck fanden.

Das alles geschah anfangs noch im Rahmen der Zwänge des "Kriegskommunismus": des verbotenen Privathandels, der verstaatlichten Industrie, der gewaltsamen Requisitionen landwirtschaftlicher Produkte für Armee und Stadtbevölkerungen, der grassierenden Geldentwertung, der Entlohnung durch magere Naturalien und Gebrauchsgegenstände aus der Werkstatt des Arbeiters. Während der "Kriegskommunismus" im verklärenden Licht seiner "Gleichheits"-Propaganda als heroische Kampfzeit und zudem als historisch-logischer Vorgriff auf den reifen Kommunismus erschien, war er tatsächlich nur fragwürdige Gleichmacherei im Zustand von Mangel und Elend – eine tragische Travestie der marxistischen Vision der Zukunftsgesellschaft, die doch vom Kapitalismus hochentwickelte Produktivkräfte zur Voraussetzung haben sollte. Der gesellschaftliche Reichtum, den der Kapitalismus allerdings nicht in stetig wachsender Fülle und Qualität, sondern nur anarchisch vermarktete, sozial ungerecht verteilte, sollte in Sozialismus und Kommunismus durch rational planende Gesamtleitung der Produktion und der Distribution gesteigert und gemäß sozialer Gerechtigkeit verwendet werden. Jedoch der "Kriegskommunismus" vermochte das Lebensniveau der Arbeitenden keinesfalls zu erhöhen.³ Er überwand auch die Ungleichheit nicht. Aus Zerstörung und Verknappung von Gütern und Dienstleistungen hervorgegangen, war er nichts anderes als ein Notregime, und indem er sich mit gesteigerten Zwängen weiterhin zu erhalten suchte, manövrierte er sich selbst in die Sackgasse. Das musste sich offenbaren, sobald der Sieg über die innere und die äußere Konterrevolution gelang.⁴

Wie den Jakobinern der Großen Französischen Revolution das Recht auf diktatorische Staatsführung nach ihrem Sieg über die Konterrevolution streitig gemacht, ihr Erfolg durch den Regierungssturz im Thermidor des Jahres 1794 abgefälscht wurde, so gerieten jetzt auch die Bolschewiki in eine

³ M. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 144 ff.

⁴ W. Ruge: Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biografie, bearb. v. E. Ruge, hrsg. v. W. Hedeler, Berlin 2010, darin: Das Ende des Kriegskommunismus, S. 287 ff.

schwere politische Krise. Diese beschwor die Gefahr des Sturzes der Partei- und Staatsführung, des Scheiterns ihrer Revolution herauf. Schon der misslungene Polenkrieg, das Fiasko der Absichten Lenins, die "Weltrevolution" auf den Bajonettspitzen der Roten Armee nach Polen, Deutschland, Europa zu tragen, mengte in die heroischen Symphonien des allgemeinen Sieges den Missklang der Niederlage. Stimmungen der Kriegsmüdigkeit, der Enttäuschung, sogar des Widerstands erhoben sich gegen die Kommunistische Partei.

In vielen Landesteilen entbrannten wiederum Bauernrevolten. Sie begannen fast regelmäßig mit Protesten und Widersetzlichkeiten gegen die Requisitionstrupps des Staates, erweiterten sich aber zu bewaffneten Bauernbünden und Bauernarmeen. Die offizielle Propaganda verteuflte diese kurzerhand als Räuberbanden besitzender und wuchernder "Kulaken", missdeutete die wahre Not- und Konfliktsituation in schwarz-weiß-malenden Feindbildern der "Klassengegensätze" und "Klassenkämpfe". Gewiss gab es Banditen und auch letzte Horden der Konterrevolution. Überwiegend aber rekrutierten sich die Rebellenarmeen aus jungen Bauern, "die durch Armut und Hunger vollkommen entwurzelt" waren⁵, außerdem aus Tausenden von desertierten oder entlassenen Soldaten der Roten Armee. Ihre Bauerngemeinden waren der Konterrevolution, also den "Weißen" während des Bürger- und Interventionskrieges, oftmals feindlich begegnet, und wie jüngere Forschungen nahe legen: kaum eine der großen Aufstandsbewegungen sei zeitlich vor der Niederlage der ausländischen Interventen entstanden.⁶ Etliche der Bauernführer waren Kriegsteilnehmer gewesen, trugen staatliche Auszeichnungen und versammelten ihre Mitstreiter unter der Roten Fahne. Indem sie die Symbole der Revolution für sich in Anspruch nahmen, hegten sie das Ideal der "wolja", der Freiheit und Autonomie der Dorfgemeinde, die 1917 von den Bauern erkämpft, in der Folge aber den bolschewistischen Staatsorganen unterworfen wurde. Auch die Verfügung über die vormals zaristischen Großgrundbesitzungen war der Bauernverwaltung entzogen worden, um sie zur staatlich gelenkten Bildung von Genossenschaften zu verwenden. "Die Freiheit, die wir durch die Revolution erhalten hatten, wurde uns vom neuen Regime wieder weggenommen", protestierten Bauern im Januar 1921 vor Journalisten.⁷ Im europäischen und westsibirischen Russland, in Weißrussland, der Ukraine und im Kaukasus war die Wiederherstellung der bäuerlichen Selbstverwaltung ein erklärtes Ziel der Rebellionen. "Für Sowjetmacht – ohne Kommunisten!" lautete die Losung. Weil der Namenswechsel der früheren "Bol-

⁵ O. Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 797.

⁶ Ebenda, S. 799.

⁷ Ebenda, S. 794.

schewiki", d.h. der bolschewistischen Fraktion der SDAPR, zur "Kommunistischen Partei" in abgelegenen Dörfern wenig bekannt oder schwer erklärlich war, hieß es manchmal sogar: "Es leben die Bolschewiki! Tod den Kommunisten!" oder auch: "Es lebe Lenin! Nieder mit Trotzki!"⁸ Bei Nennung Lenins erinnerte man sich an gewisse "April-Thesen", die eine Sowjetdemokratie versprochen hatten. Der Name Trotzki hingegen schien nur Militärgewalt, "Kriegskommunismus", Diktatur zu bedeuten.

Weite Landschaften wurden von den Bauernrebelln durchzogen, während sich Bolschewiki und Bürokratie in den Städten einigeln und verbarrikadieren mussten. Indem die Aufständischen im Jahre 1920 etwa 8.000 Mitglieder der staatlichen Requisitionsbrigaden töteten, brachten sie mancherorts das Versorgungssystem der Städte zum Erliegen, verursachten sie gesteigerte Verelendung und Hungerstreiks der Arbeiter. Mit Anspielung auf die geschlagenen weißgardistischen Generale urteilte Lenin auf dem Zehnten Parteikongress am 8. März 1921: Die Bauernkriege seien eine "Gefahr", die "all die Denikin, Koltshak und Judenitsch zusammengenommen um ein Vielfaches" übertreffe.⁹

Die "Arbeiteropposition"

Es war die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften, sogar die Partei selbst, in der sich jetzt auch eine politische Opposition gegen die Staatsführung formierte. Ihr wesentlicher Beweggrund erwuchs aus dem latenten Spannungsverhältnis, das durch die Begriffe "proletarische Demokratie" und "proletarische Diktatur" zu bezeichnen ist. Bei Revolutionsbeginn 1917 hatte Lenin einen Volksstaat nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune, eine Demokratie der breiten Massen des arbeitenden Volkes versprochen. Doch im Verlauf der Revolution war ein Ein-Partei-Regime mit wachsender Allmacht und Zentralisierung in Händen der Bolschewiki entstanden: eine Parteidiktatur, die schwer und bedrückend die Basisdemokratie der Arbeiter- und Bauernsowjets, überhaupt alle revolutionär-demokratischen Parteien und Institutionen überschattete. Es war freilich nicht der grundsätzliche Widerspruch zwischen "Demokratie" und "Diktatur", sondern der davon abgeleitete Streit um den Charakter der Gewerkschaften, der jetzt die Polarisierungen in der Partei zu bewirken schien.

In der historischen Retrospektive erscheinen verschiedene Strömungen und Standpunkte. Die von Trotzki angeführte Gruppe wollte die Gewerkschaften ihrer Autonomie berauben, um sie in den Staatsapparat einzugliedern. Statt

⁸ Ebenda, S. 798 f.

⁹ Lenin: Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B). 8. März 1921. In: Werke, Bd. 32, S. 168.

unmittelbare Interessenvertreter der Arbeiter zu sein, sollten sich die Gewerkschaftsführer in gehorsame Staatsdiener verwandeln und dafür Sorge tragen, dass disziplinierte Arbeiter die Produktion erfüllten, ihre Besten für künftige Funktionen in der Wirtschaft vorgebildet würden. Gestützt auf seine Macht als höchster Leiter des Militärwesens, das über allen anderen Staatsdingen den Vorrang hatte, ließ Trotzki gewählte und kritische Gewerkschaftsführer aus der unmittelbaren Arbeitervertretung entfernen. Er berief staatlich-zentralistische Leitungsorgane und nannte sein Vorgehen eine Politik des "Durchrüttelns" der Gewerkschaften.

Dagegen stritt die "Arbeiteropposition", insbesondere unter der geistigen Führung der Alt-Bolschewiken Sljapnikow und Alexandra Kollontai. Sie opponierten gegen die "Militarisierung der Arbeit", die Entmündigung der Gewerkschaften und kritisierten sogar eine Bürokratisierung, wodurch der Sowjetstaat zum Machtinstrument einer neuen privilegierten Oberschicht würde. Hatte Rosa Luxemburg schon 1918 die Bolschewiki vor dem Mangel an Demokratie, der Tendenz zur Entstehung einer zentralistischen und volksfremden Bürokratie gewarnt,¹⁰ so bilanzierte Kollontai im Manifest der "Arbeiteropposition" (1921) den inzwischen tatsächlich vollzogenen Werdegang.

Das Dokument enthielt eine frühe, aber grundsätzliche Kritik am Partei- und Regierungssystem der Bolschewiken: "[...] Nur die am stärksten vom proletarischen Klassengeist durchdrungenen Arbeiter, [...] die nicht durch die 'Macht', oberflächliche Eitelkeit, die Jagd nach einer 'Sowjetkarriere' oder durch Sowjetbürokratismus korrumpiert werden konnten, blieben innerlich mit den Massen, den Arbeitern, mit eben jenen 'unteren Schichten' verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen waren. [...] Mit ihrem Klassenspürsinn haben diese an der Spitze der 'Arbeiteropposition' stehenden Genossen begriffen, dass etwas nicht in Ordnung ist. Dass wir in drei Jahren der Revolution zwar Sowjetapparate aufgebaut und das Prinzip einer Arbeiter- und Bauernrepublik gefestigt haben, dass aber die Arbeiterklasse selbst [...] in immer geringerem Maße die Politik bestimmt und auf die Arbeit und die Denkweise der zentralen Machtorgane immer weniger Einfluss hat. Wer hätte wohl in der ersten Zeit der Revolution von den 'Spitzen' und den 'unteren Ebenen' gesprochen? [...] Heute gibt es diese Gegenüberstellung, und keine Agitation und keine 'Einschüchterungen' vermögen die Bildung einer typischen neuen 'Gesellschaftsschicht' der Sowjet- und Parteispitze aus dem Bewusstsein der breiten Massen zu verdrängen. Die Gewerkschaftler, die den Kern der Arbeiteropposition bilden, haben das begriffen [...]. Das erste, was sie taten, war, dass sie [...] sich an ihr Klassenorgan, die Gewerkschaften, wandten, ein Organ, das in diesen drei Jahren am allerwenigsten dem zerset-

¹⁰ R. Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919, Berlin/DDR 1974, S. 362 ff.

zenden Einfluss sich kreuzender, fremder, nichtproletarischer Interessen [...] erlegen ist, die unsere Sowjetinstitutionen verderben [...]."¹¹

Alexandra Kollontai, die Sprecherin der "Arbeiteropposition", war 1917 eine entschiedene Mitkämpferin Lenins, seiner umstrittenen "April-Thesen", seiner revolutionären Verheißung des Staats vom Typ der "Kommune" gewesen.¹² Sie sprach auch jetzt im Namen der "proletarischen Demokratie" – als eine Stimme früher bolschewistischer Dissidenten, die gegen Regierungsmethoden auftraten, wodurch Arbeiterklasse und Volksmassen unter die Diktatur und den Vorrang der hohen Partei- und Staatsbürokratie gezwungen wurden.¹³ Lenin empfand diese Kritik als gefährlich, so dass er Kollontais Ausschluss aus der Partei verlangte. Er vermochte die dafür nötige Mehrheit freilich nicht aufzubringen.¹⁴

Indem er zusammen mit Sinowjew und Kamenjew um ein Gleichgewicht zwischen den streitenden Parteiströmungen bemüht war, schied er sich nunmehr zunehmend von Trotzki. Er gewährte, wie sehr Parteiführung und Regierung in einen Konflikt mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gerieten, und fürchtete, Trotzkis Politik werde zu einem andauernden Zwiepsalt führen.¹⁵ Wenn Revolution und Bürgerkrieg auch tatsächlich die Herausbildung eines diktatorischen und zentralistischen Staatsapparates forciert hatten, so sollte doch letzten Endes die "proletarische Demokratie" das Ziel der Entwicklung sein. Der Parteiführer definierte den Staat der Übergangszeit zum Sozialismus nicht ohne Kritik: "Unser Staat ist ein Arbeiterstaat *mit bürokratischen Auswüchsen*."¹⁶ Diese Einsicht leitete ihn zu der Auffassung, dass die Gewerkschaften ihre Autonomie behalten, folglich nicht zu staatli-

¹¹ A. Kollontai: Die Arbeiteropposition in Russland, hrsg. v. der russischen Sektion der 4. Internationale, o.O.u.J., zit. nach H. Steiner: Alexandra Kollontais gelebte Emanzipation im Widerspruch, Berlin 2005, S. 30 f.

¹² A. Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt ... (darin insbesondere "Das große Jahr 1917"), Berlin/DDR 1980.

¹³ Deutscher nennt sie in Anknüpfung an die Englische Revolution von 1642/49: "die wahren *Levellers* dieser Revolution, ihre hochgesinnten, utopischen Träumer. Die Partei konnte nicht auf sie hören, wenn sie nicht zu einem noblen, aber unverzeihlichen Selbstmord Zuflucht nehmen wollte. Sie konnte nicht ihr eigenes Schicksal und das der Republik einer vom Bürgerkrieg, Hunger und schwarzen Markt verbrauchten, erschöpften und demoralisierten Arbeiterklasse anvertrauen. [...] Sie forderten die Partei auf, die Industrie, oder was von ihr noch übrig war, wiederum der Kontrolle jener Fabrikkomitees zu unterstellen, die gleich nach der Oktoberrevolution gezeigt hatten, dass sie den Reichtum der Nationen lediglich vergeuden und verschwenden konnten." Deutscher: Trotzki, S. 476.

¹⁴ Die beiden Stimmführer der "Arbeiteropposition" mussten ihre amtlichen Funktionen in Russland niederlegen und wurden als Botschafter in den Dienst des Außenministeriums verwiesen: Kollontai ging nach Stockholm, Sljapnikow nach Paris.

¹⁵ Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis (Rede v. 30. Dezember 1920), Werke, Bd. 32, S. 1 ff.; derselbe: Die Krise der Partei (Artikel in der "Prawda" vom 21. Januar 1921), ebenda, S. 27 ff.

¹⁶ Derselbe: Über die Gewerkschaften, ebenda, S. 7.

chen Exerzierplätzen der Disziplin und der Zwangsarbeit mutieren sollten. Weil der Staat mit seiner ganzen Verwaltungstätigkeit sich stets in der Gefahr befinde, durch "bürokratische Verzerrungen" und obrigkeitliche Willkür beeinträchtigt zu werden, sei es gut und sinnvoll, wenn eine grundsätzlich staatsfreundliche Arbeiterklasse ihre Interessen vertrete und geltend mache. "Der Staat, wie Lenin ihn sah, musste einer Vielfalt von Interessen und Einflüssen Raum geben." Dagegen erschien Trotzki's Staat seiner inneren Anlage zufolge als monolithisch.¹⁷ Dennoch zog Lenin aus der streitbaren Diskussion über die Gewerkschaften den Schluss: Die Partei müsse unbedingt sichern, "dass es nicht die geringsten Spuren von Fraktionsmacherei" gebe.¹⁸

Inzwischen aber klappte der Gegensatz zwischen dem bolschewistischen Regime und Teilen der Arbeiterklasse weit offener. Seit 1919 verbreiteten sich Streiks. Auf den Listen der Forderungen stand die Bereitstellung von Lebensmitteln an erster Stelle. Indem die Staatsbehörden auf Arbeitsniederlegungen und illegitime Versammlungen mit Nahrungsmittelentzug, Verhaftungen, sogar Erschießungen reagierten, riefen sie verschärfte Widerstände hervor. Zentrum der Proteste war die Regierungshauptstadt Moskau. Eine Flut von Zusammenkünften verlangte die Abschaffung der materiellen Sonderzuteilungen für Partei- und Staatsfunktionäre – überdies die Erlaubnis des freien Handels, die Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte von 1917 und der Konstituierenden Versammlung. Am 21. und 23. Februar 1921 demonstrierten etwa 10.000 Streikende und Sympathisanten. Die Regierungsbehörden verhängten den militärischen Ausnahmezustand, befahlen den Schusswaffengebrauch, den aber die Soldaten verweigerten. Es waren Einsatzkommandos der Staatssicherheitsorgane, die mehrere Arbeiter niederschossen.

"Freie Wahlen für neue Sowjets!"

Am 27. Februar 1921, dem vierten Jahrestag der Februarrevolution, erschien an Petrograds Mauern der Aufruf für eine bessere Revolution: "[...] Vor allem brauchen die Arbeiter und Bauern Freiheit. Sie wollen nicht nach den Dekreten der Bolschewiki leben, sondern ihr Schicksal selbst bestimmen. Wir fordern die Freilassung aller verhafteten Sozialisten und nicht parteigebundenen Arbeiter, die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für alle, die arbeiten. Freie Wahlen von Fabrikkomitees, freien Gewerkschaften und Sowjets!"¹⁹

¹⁷ Deutscher: Trotzki, S. 478.

¹⁸ Lenin: Rede bei der Eröffnung des X. Parteitags der KPR(B). 8. März 1921. Werke, Bd. 32, S. 167.

¹⁹ Figs: Die Tragödie eines Volkes, S. 802.

Seit Wochen zerrissen enttäuschte und wütende Angehörige der Kommunistischen Partei ihre Mitgliederausweise. In den Fabriken versammelten sich streikende Arbeiter, stimmten – nicht ganz ohne den Einfluss von Menschewiken und Sozialrevolutionären – für eine neue und freie Wahl der Arbeitersowjets sowie für die Wiedereinberufung der gewählten, aber im Januar 1918 vertriebenen parlamentarischen Landesvertretung: der Konstituierenden Versammlung. Arbeiter der Schiffswerften und Docks, der Metallindustrie, darunter Tausende der Putilow-Werke, schlossen sich den Streikenden an. Auf dem Newski-Prospekt und der Wassili-Insel töteten und verwundeten Regierungstruppen rund dreißig Demonstranten. Doch viele Soldaten verweigerten die Annahme des Schießbefehls. Matrosen des Kreuzers "Aurora", des Symbols der "Oktoberrevolution", gingen von Bord, um an den Protesten teilzunehmen. Die Ereignisse erinnerten an den Losbruch der Februarrevolution – mit dem Unterschied, dass jetzt nicht der Sturz des Zaren, sondern der Rücktritt der Regierung Lenins verlangt wurde.

Der Funke des Massenprotestes sprang vom Festland auf die legendäre Seefestung im Finnischen Meerbusen hinüber: auf Kronstadt.²⁰ Man hatte eine Delegation zur Erkundung nach Petrograd entsandt, die am 28. Februar auf die Insel zurückkehrte, durch ihren Bericht Unruhe und Empörung auslöste. Diese begannen noch am selben Tag mit einer stürmischen Versammlung der Mannschaft des Großkampfschiffes "Petropalowsk". Ihre Proklamation enthielt unter anderen Forderungen, die für die Situation des Landes charakteristisch waren: "Freie Wahlen für neue Sowjets! Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit für Arbeiter und Bauern, für alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften!" Anstatt der materiellen Bevorzugung von Funktionären und Offizieren wurden "Gleiche Rationen für alle Werktätigen!" verlangt – und was die ländliche Herkunft vieler Matrosen widerspiegelte: "Freiheit für die Bauern!" sollte diesen eine freie Verfügung über Bodenbesitz und Vieh verschaffen, allerdings "ohne den Einsatz von Lohnarbeit".

Da es Kronstädter Matrosen gewesen waren, die aufgrund von Lenins Befehl die Konstituierende Versammlung aufgelöst hatten, stand die Einberufung der Konstituante nicht auf ihrem Forderungskatalog. Doch wie 1917, so sollten die neuen Sowjets von Deputierten aller sozialistisch gesinnten Parteien – einschließlich der Bolschewiki – gebildet werden. Die auf dem Festland formulierte Losung "Sowjets – ohne Kommunisten!" wurde von den Matrosen nicht erhoben. Das ermutigte in Kronstadt anwesende Bolschewiki,

²⁰ P. Avrich: Kronstadt 1921, Princeton 1971; I. Getzler: Kronstadt 1917–1921. The Fate of a Soviet Democracy, Cambridge 1983; A. Berkman: Die Kronstadt Rebellion, Mainz 1987; K. Gietinger: Die Kommune von Kronstadt, in: Junge Welt, Jg. 1997 (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kronstadt>); Volin: Der Aufstand von Kronstadt, Münster 1999; Figes: Die Tragödie eines Volkes, S. 803–806, 809 f.

sich der Bewegung anzuschließen. Am 1. März beschloss eine Kundgebung auf dem Kronstädter Ankerplatz die Neuwahl der Sowjets, und schon am nächsten Tag trafen sich 300 Delegierte. Weil aber ein Angriff der Regierungstruppen unmittelbar drohte, wurde fürs erste ein Provisorisches Revolutionäres Komitee zur Leitung der Verteidigung gewählt.

Es war die Elitetruppe des "Roten Oktobers", die das Banner der Sowjet-Demokratie gegen die Regierung der Bolschewiki hisste. Zeitgenössische Parteijournalisten und spätere Historiker der Sowjetunion haben behauptet, die "Meuterer" von Kronstadt seien nicht mehr die proletarischen Matrosen von 1917, sondern "Bauernjungen in Marineuniform" gewesen, die inzwischen aus ihren Dörfern "anarchistische" und "kleinbürgerliche" Ideen in die Flotte eingeschleppt hätten. Tatsächlich aber waren viele der Empörer von 1921 schon die Roten Matrosen der ursprünglichen Revolution: 94 Prozent der Mannschaften auf den rebellierenden Großkampfschiffen "Petropawlowsk" und "Sewastopol" wurden während des Weltkrieges einberufen – die meisten ihrer Anführer waren Veteranen der Baltischen Flotte. Diese "Meuterer" Kronstadts wagten nichts Geringeres als den bewussten Rückgriff auf die früheren Verheißungen der Demokratie der arbeitenden Klassen. Damals hatte Trotzki sie als "Ruhm und Stolz der Revolution" gefeiert. Als er jedoch am 5. März 1921 mit der Befehlsgewalt der diktatorischen Staatsführung nach Petrograd wiederkehrte, drohte er den Kronstädtern mit Erschießungen, wenn sie nicht sofort kapitulierten. Um seine Macht zu beweisen, ließ er in Petrograd wohnende Familien der Matrosen als Geiseln verhaften.

Die Regierungsoffensive gegen die Inselfestung begann am 7. März mit einem stundenlangen Artilleriebeschuss von der Küste aus. Am nächsten Tag folgte der Infanterieangriff: etwa acht Kilometer weit über die vereiste See – nur durch Schneesturm begünstigt. Weil Truppenteile schlecht motiviert waren, ließ der kommandierende General Tuchatschewski in ihrem Rücken die Tscheka mit Maschinengewehren in Stellung gehen. Indes schossen Kronstadts Schiffe und Festungsanlagen mit schweren Geschützen, sprengten klaffende Rinnen in das Eis, so dass viele der Angreifer ertranken. Als sich der Schneesturm legte, bedeckten zahlreiche Verwundete und Tote auch die riesige Eisfläche. Dieser Tag, an dem die regierenden Bolschewiki ihren X. Parteitag in Moskau eröffneten, endete mit dem Fiasko ihrer Truppen im Finnischen Meerbusen.

Das Revolutionskomitee von Kronstadt fand allerdings wenig Zeit, seine Alternative zu entfalten. Unter der amtlichen Verleumdung, nichts anderes als Handlanger weißgardistischer Generale des Auslandes zu sein und bei täglichem Artilleriebeschuss organisierte es die Neuwahlen der Gewerkschaften, begann es mit den Wahlvorbereitungen für neue Sowjets der Arbei-

ter und Soldaten. Auf ein Hilfeangebot des rechten Sozialrevolutionärs Viktor Tschernow aus Reval, des Vorsitzenden der vormaligen Konstituierenden Versammlung, entgegnete die Kronstädter "Iswestija", Nr. 6: "Die Arbeiter und Bauern schreiten unaufhaltsam voran, sie lassen die Konstituante mit ihrer bürgerlichen Ordnung ebenso hinter sich wie die Diktatur der kommunistischen Partei mit ihrer Tscheka und ihrem Staatskapitalismus."²¹

Doch am 16. März wiederholte die Regierung ihren Angriff mit schwerem Artilleriefeuer und Flugzeughbomben, und in der Nacht zum 17. stürmten rund 50.000 Mann abermals über die gefrorene See. Mehr als 10.000 starben im Abwehrfeuer der Kronstädter, die sich erst nach 18 Stunden des Kampfes ergaben. Tausenden gelang die Flucht über den vereisten Meerbusen nach Finnland, wo sie interniert und für öffentliche Arbeiten eingesetzt wurden. Von den auf russischem Territorium Gefangenen aber wurden etwa 2.500 standrechtlich erschossen; da sich reguläre Truppen verweigerten, wurden die Exekutionen von jungen Offiziersanwärtern und Komsomolzen vollzogen. Einige hundert Kronstädter gerieten auf Anordnung Lenins nach Solowezk, in das erste große Konzentrationslager auf einer Inselgruppe im Weißen Meer, wo sie durch Hunger und Kälte elend zugrunde gingen. Die Niederschlagung der Matrosen und Arbeiter Kronstadts bedrückte nicht wenige der Bolschewiki. Ausländische Delegationen, die sich erkundigen wollten, stießen auf ausweichende Antworten und Schweigen.

Parteitag des "Friedens"

Der am 8. März 1921 eröffnete X. Parteitag der Bolschewiki sollte den planmäßigen Übergang vom Bürgerkrieg zum Frieden beschließen. Indes verlief er vor dem flammenden Hintergrund der Rebellionen Kronstadts und der baltischen Flotte, der Arbeiterstreiks und der Bauernrevolten. Es war Lenin selbst, der die Kronstädter im Parteitagsbericht als "kleinbürgerliche Anarchisten" verteuflte.²² Mit ihrer Forderung nach Erneuerung der Sowjetmacht und dem Versprechen, das Revolutionsprogramm der Bolschewiki "mit anderen Methoden" zu verwirklichen, auch den Losungen "Gleichheit und Freiheit", seien sie nichts anderes als die Handlanger der Konterrevolution.

²¹ Zitiert nach Gietinger. Dort auch die politische Absichtserklärung aus derselben in Kronstadt erscheinenden Zeitung "Iswestija", Nr. 9: "[...] Wir wollen nicht zum Alten zurückkehren. Wir sind keine Diener der Bourgeoisie, keine Mietlinge der Entente. Wir sind für die Macht aller Werktätigen, aber nicht für die schrankenlose, tyrannische Gewalt irgendeiner einzelnen Partei. [...] In Kronstadt regiert das werktätige Volk."

²² Lenin: Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B), 8. März 1921. Werke, Bd. 32, S. 183.

Auch die "Arbeiteropposition" wurde von Lenin als eine "anarchistische Abweichung" denunziert, die sich hinter dem Rücken des Proletariats verstecke, indes sie "das kleinbürgerliche Element" in der Partei bilde. Weil in der kritischen Diskussion zum Parteibericht vor allem Anhänger dieser Opposition sprachen, wagte Lenin in seinem Schlusswort einen geharnischten Angriff gegen diese und alle weiteren Oppositionellen. Er übersteigerte seinen Unwillen derart heftig, dass er wiederholt Waffengewalt an Stelle von Argumenten androhte. "[...] Ich muss sagen, dass es jetzt viel besser ist, 'mit Gewehren zu diskutieren' als mit Thesen, wie sie von der Opposition aufgetischt werden. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition. [...] Ich denke, der Parteitag wird [...] die Schlussfolgerung ziehen müssen, dass es jetzt mit der Opposition zu Ende sein, ein für allemal aus sein muss, dass wir jetzt der Opposition müde sind!"²³

Hauptpunkt seines Angriffs war eine These im bürokratiekritischen "Manifest der Arbeiteropposition", wonach die Entscheidungen über die Volkswirtschaft einem "gesamtrussischen Kongress der Produzenten" obliegen sollten, die – "in Gewerkschafts- und Produktionsverbänden" organisiert – "das zentrale Organ" wählen müssten, das die Volkswirtschaft leite.²⁴ Lenin sah darin eine Untergrabung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei und verurteilte das "Manifest" in Bausch und Bogen als "Syndikalismus". Weil aber Kollontai, Schljapnikow und weitere Sprecher der Opposition nach Kräften stritten und sich nicht wenige zum Kampf gegen Kronstadt meldeten, um ihre Treue zu Partei und Staat zu beweisen, musste der Parteiführer nachgeben und zumindest die Kritik der "Arbeiteropposition" gegen die Bürokratisierung des Partei- und Staatsapparats als gerechtfertigt anerkennen.

Lenin missbrauchte jedoch die streitbare Debatte zur Durchsetzung eines Beschlusses, der künftig für alle kommunistischen Parteien des bolschewistischen Typus zum Verhängnis werden sollte: dem Verbot der Bildung von Fraktionen. So lautete die "Resolution über die Einheit der Partei" unter Punkt 6: "Der Parteitag erklärt ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben (wie die Gruppen der 'Arbeiteropposition', des 'demokratischen Zentralismus' usw.) für aufgelöst bzw. ordnet ihre sofortige Auflösung an. Die Nichtausführung dieses Parteibeschlusses hat unbedingt und sofort den Ausschluss aus der Partei nach sich zu ziehen."²⁵ Dieser geheime Beschluss, der erst im Januar 1924 in Gänze

²³ Derselbe: Schlusswort zum Bericht des ZK der KPR(B), 9. März 1921. Werke, Bd. 32, S. 201.

²⁴ Ebenda, S. 199.

²⁵ Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR(B) über die Einheit der Partei, ebenda, S. 248.

bekannt wurde, ist in der Folgezeit nicht revidiert worden. Er gereichte nach dem Machtantritt Stalins dazu, die Demokratie in der Kommunistischen Partei dauerhaft zu vernichten. Das zentralistische Politbüro konnte die Partei in derselben diktatorischen Weise führen, wie die Partei das Land und das Volk beherrschte – niemand vermochte die Entscheidungen der Parteispitze wahrhaft kritisch zu diskutieren, ohne sich dem Vorwurf der Fraktionsmacherei und somit dem Ausschluss aus der Partei auszusetzen.

Nachdem die Einheit und die Macht der Bolschewiki für die Zukunft gesichert schienen, bewies Lenin aber auch strategische Geisteskraft und Flexibilität. Er warf das Staatsruder herum und steuerte einen neuen Kurs in einer der beiden wichtigsten Fragen der russischen Revolution – der Bauernfrage. Seit Februar 1917 war neben der Überwindung des Krieges die Bauernfrage wesentlich gewesen. Lenin hatte – wie seine Partei – die Liquidation des Großgrundbesitzes vorangetrieben, jedoch die Warnungen Plechanows bezüglich der Fortdauer problematischer Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Masse der Bauernschaft nicht wahrhaben wollen.²⁶ Noch im Sommer 1918 hatte er geglaubt, den "Kommunismus" im Land der weithin überwiegenden Kleinbauern per Dekret einführen zu können. Erst jetzt, am Ende des Bürgerkrieges, in der Krise des Übergangs zu Frieden und neuer Gesellschaft, formulierte er die spezifische Schwierigkeit der russischen Revolution: "Bei uns ist das Proletariat nicht nur in der Minderheit, sondern in der verschwindenden Minderheit, die Bauernschaft aber bildet die ungeheure Mehrheit. [...] Die Interessen dieser zwei Klassen sind verschieden, der kleine Landwirt will nicht dasselbe, was der Arbeiter will."²⁷

Um den Gegensatz zwischen Volkseigentum und individuellem Besitz auszugleichen, müssten die Bolschewiki den friedlichen Aufbau mit einer neuen Politik beginnen: "Wir müssen jene ökonomischen Formen der Empörung des kleinbürgerlichen Elements gegen das Proletariat begreifen, die zutage getreten sind und sich bei der gegenwärtigen Krise verschärfen. Wir müssen danach trachten, in dieser Beziehung das Maximum des Möglichen zu tun. Das ist für uns das allerwichtigste. Es gilt, dem Bauern die Möglichkeit einer gewissen Freiheit im Umsatz auf dem lokalen Markt zu geben, die Ablieferungspflicht durch eine Steuer abzulösen, damit der kleine Landwirt seine Produktion besser berechnen und entsprechend der Steuer den Umfang seiner Produktion bestimmen kann."²⁸ Mit anderen Worten: Der Bauer sollte an hö-

²⁶ G. W. Plechanow: Offener Brief an die Petrograder Arbeiter ("Jedinstwo", 28. Oktober/10. November 1917). In: Plechanow: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie, hrsg. v. W. Hedeler u. R. Stoljanowa, Berlin 2001, S. 150 ff.

²⁷ Lenin: Bericht über die politische Tätigkeit des ZK. 8. März 1921. In: Werke, Bd. 32, S. 185; derselbe: Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, 15. März 1921, ebenda, S. 217.

²⁸ Derselbe: Bericht über die politische Tätigkeit des ZK. 8. März 1921, ebenda, S. 187.

herer Arbeitsleistung interessiert werden, indem er den steuerfreien Teil seiner Produktion auf dem Warenmarkt verkaufte. "Lasst uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren. So wie es bisher war – dieser Zustand ist nicht länger haltbar."²⁹

Der Mann, der jetzt viele der Delegierten von der Gewalt und den ideologischen Schönfärbungen des "Kriegskommunismus" entfesseln, für eine staatlich kontrollierte Zulassung der kapitalistischen Warenproduktion gewinnen musste, war nicht mehr derselbe von einst – der mangelhaft erfahrene, aber rigorose Revolutionstreiber von 1917/18. Er besaß die Genugtuung, die Bolschewiki zur regierenden Partei, zum wehrhaften Träger der Staatsmacht geschmiedet zu haben.³⁰ Aber die mehrjährige Revolutionspraxis gestattete ihm nun auch, auf Misserfolge und Fehler mit Ironie zurückzublicken (wobei dahingestellt sei, ob Lenin die Größe besaß, sich auch selbst kritisch zu reflektieren). "Wenn jemand unter den Kommunisten davon geträumt hat, dass sich in drei Jahren die ökonomische Basis [...] umgestalten lasse, so war er natürlich ein Phantast. Und – gestehen wir es nur – solcher Phantasten gab es in unserer Mitte nicht wenige. [...] *Wie hätte auch in einem solchen Lande ohne Phantasten die sozialistische Revolution begonnen werden können?*"³¹

Er fügte präzisierend hinzu: "Wir haben [...] sehr viel gesündigt, weil wir zu weit gegangen sind: wir sind zu weit gegangen auf dem Wege der Nationalisierung des Handels und der Industrie, auf dem Wege der Drosselung des lokalen Umsatzes. War das ein Fehler? Zweifellos. In dieser Beziehung war vieles von dem, was wir getan haben, einfach falsch [...]"³² Gewiss werde die Zulassung von Handel und Marktbeziehungen wiederum zu einer sozialen Differenzierung zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse führen. Doch man könne die Freiheit des Handels, die Freiheit des Kapitalismus für die Kleinbesitzer, "bis zu einem gewissen Grad" wiederherstellen, ohne die "Grundfesten der politischen Macht des Proletariats" zu erschüttern. Es sei eine schlechthin notwendige Maßnahme des Übergangs: Man müsse die Bauernschaft ökonomisch zufrieden stellen und sich mit der Freiheit des Umsatzes abfinden, "sonst können wir angesichts der Verzögerung der internationalen Revolution die Macht des Proletariats in Russland [...] ökonomisch nicht behaupten".³³

Jahrelang hatte die Unterdrückung der Warenwirtschaft und des freien Marktes als revolutionär und kommunistisch gegolten. Was gestern noch

²⁹ Derselbe: Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht, ebenda, S. 218.

³⁰ R. Service: Lenin. Eine Biographie, München 2002, darin: Verteidigung der Revolution, S. 483 ff.

³¹ Ebenda, S. 219 (Hervorhg. – HB).

³² Ebenda, S. 222.

³³ Ebenda, S. 228.

Verrat an der Revolution gewesen – sollte das morgen schon politisch richtig und notwendig sein? Es gab nicht wenige unter den Delegierten, die dies als einen Rückschritt, als Misserfolg ihrer Revolution empfanden. Lenin rechnete mit ihrem Widerspruch. Er verzögerte die diesbezügliche Beratung und den Beschluss bis zum Ende des Parteitages, als nämlich viele zum Kampf gegen Kronstadt abgereist waren, und er verbrauchte die Sitzungszeit für ein fast dreistündiges Referat, während nur vier Delegierte zu knappen Statements zugelassen wurden. Die großen Diskutanten Trotzki, Bucharin und die Sprecher der "Arbeiteropposition", die alle für ihre Vorbehalte gegen die Zulassung kapitalistischer Elemente bekannt waren, schwiegen sich aus. Die "Neue Ökonomische Politik" (NÖP) – Generallinie der Bolschewiki für die 20er Jahre – wurde nahezu diskussionslos gebilligt. Weil Lenin beruhigende Wirkungen erhoffte, drängte er, "das Beschlossene noch heute Abend durch Rundfunk der ganzen Welt mitzuteilen".³⁴

Tatsächlich erloschen die städtischen Arbeiterproteste. In den Provinzen aber mochten manche Bauern der "NÖP" nicht Glauben schenken. Da wechselte die Regierungspartei wieder vom Zuckerbrot zur Peitsche. Die Bauernrebellengruppen wurden durch überlegene Militärkräfte niedergekämpft. So besetzte General Tuchatschewski, der Bezwiner Kronstadts, die Provinz Tambow mit einer ganzen Armee, Elitetruppen der Tscheka und des Komsomol, die mit Geschützen und Panzerwagen in die Dörfer einrückten, aus Flugzeugen sogar Gasbomben abwarfen, um Aufständische in den Wäldern auszurußern. Es wird geschätzt, dass dabei etwa hunderttausend Bauern in Konzentrationslagern gefangen gesetzt oder deportiert, rund 15.000 erschossen wurden.³⁵ Im Spätsommer 1921, als in weiten Gebieten Russlands der Hungertod die Bevölkerung dezimierte, waren die meisten Bauernrevolten militärisch besiegt.

Der Überwältigung von Revolten und Meutereien folgte die Offensive gegen Menschewiken und Sozialrevolutionäre, deren Ansehen in dem Maße gewachsen war, wie die Reputation der Bolschewiki sank. Gewiss hatten Sympathien und demokratische Losungen dieser gemäßigten Sozialisten in den Unruhen eine Rolle gespielt. Die Regierungspartei aber sah in ihnen schlechthin die Drahtzieher der Arbeiterstreiks und der Bauernerhebungen. Sie ließ 1921 rund 5.000 Menschewiken als "Konterrevolutionäre" verhaften. Im Jahre darauf inszenierte sie einen ersten politischen Schauprozess gegen die Führer der Sozialrevolutionäre und erklärte die gesamte Partei zu "Volksfeinden". Lenin verlangte am 17. Mai 1922 im Brief an D. I. Kurski, den Volkskommissar für Justiz, die "Rechtfertigung des Terrors" durch Paragra-

³⁴ Ebenda, S. 231.

³⁵ Jessikow, S. / Protassow, L.: "Antonowschtschina": nowyje podchody, in: Woprossy istorii, 6/7, 1992, zit. n. Figes, S. 811.

phen des Strafgesetzbuches. Er hatte schon am 15. Februar desselben Jahres in einem Geheimschreiben, das in seinen "Werken" und der Briefausgabe nicht veröffentlicht ist, gesteigerte Maßnahmen der Unterdrückung "insbesondere gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre" gefordert: durch "Monsterprozesse [...] erbarmungslos bis hin zur Erschießung".³⁶

³⁶ H. Bock: Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät: Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen (darin von H. Klenner: Recht und Rechtstheorie in der Oktoberrevolution), in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Jg. 1997, Heft 4, S. 170 ff.